

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates** der Marktgemeinde Münzkirchen am
25. Mai 2016.

Tagungsort: Marktgemeindeamt Münzkirchen, Sitzungssaal

Anwesende:

Bürgermeister Helmut Schopf als Vorsitzender
Gemeindevorstandsmitglied Johannes Birgeder
Gemeindevorstandsmitglied Vbgm. Christian Kinzelberger
Gemeindevorstandsmitglied Andreas Mühlböck
Gemeindevorstandsmitglied Mag. Roman Simmer
Gemeindevorstandsmitglied Johann Unterholzer
Gemeindevorstandsmitglied Johannes Wöhs
Gemeinderatsmitglied Martin Bauer
Gemeinderatsmitglied Rene Baumgartner
Gemeinderatsmitglied Christine Birgeder
Gemeinderatsmitglied Ernst Bischof
Gemeinderatsmitglied Günter Dieplinger
Gemeinderatsmitglied Josef Doblinger
Gemeinderatsmitglied Florian Grünberger
Gemeinderatsmitglied Karlheinz Hell
Gemeinderatsmitglied Reinhold Leitner
Gemeinderatsmitglied Anton Moser
Gemeinderatsmitglied Mag. Isabella Roßdorfer
Gemeinderatsmitglied Alexander Schardinger
Gemeinderatsmitglied Christian Schmid
Gemeinderatsmitglied Margit Stöckl
Gemeinderatsmitglied Walter Zauner

Ersatzmitglieder:

GR Stephan Danninger für GR Alfred Höfler
GR Rainer Kainldorfer für GR Markus Streibl
GR Roman Hofer für GR Christopher Ritzberger

Die Amtsleiterin Maria Hauzinger zugleich als Schriftführerin.

Der Vorsitzende eröffnet um 20:00 Uhr die Sitzung und stellt fest,

dass die Sitzung von ihm einberufen wurde;
die Verständigung hiezu gemäß dem vorliegenden Verständigungsnachweis an alle Mitglieder ordnungsgemäß ergangen ist;
die Abhaltung der Sitzung am 17.05.2016 durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht wurde; die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 10.03.2015 während der Sitzung zur Einsicht aufliegt und Einwendungen bis Sitzungsschluss eingebracht werden können.

Bürgermeister Helmut Schopf
4792 Münzkirchen, Schärdinger Straße 1, Tel.: 07716/7255

Münzkirchen, 24.05.2016

Dringlichkeitsantrag

Finanzierungsplan – Sanierung Neue Mittelschule

An den

Gemeinderat

der Marktgemeinde Münzkirchen

Finanzierungsplan – Sanierung Neue Mittelschule

Der Finanzierungsplan für die Sanierung der Neuen Mittelschule – 1. Etappe ist eingetroffen und soll vom Gemeinderat beschlossen werden.

Ich beantrage, dieser Angelegenheit gemäß § 46 Abs. 3 der OÖ. GemO 1990 i.d.g.F. die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Mit freundlichen Grüßen
der Bürgermeister



Helmut Schopf

Bürgermeister Helmut Schopf
4792 Münzkirchen, Schärdinger Straße 1, Tel.: 07716/7255

Münzkirchen, 24.05.2016

Dringlichkeitsantrag

Löschungserklärung

An den

Gemeinderat

der Marktgemeinde Münzkirchen

Löschungserklärung

Vom Notar wurde die Löschungserklärung für das Grundstück EZ 462 (Täuber Helmut und Maria) GB 48228 Münzkirchen übermittelt. Diese muss vom Gemeinderat beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen
der Bürgermeister



Helmut Schopf

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, der Genehmigung des Finanzierungsplanes für die Sanierung der Neuen Mittelschule, die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig durch Handerheben genehmigt.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, der Genehmigung der Löschungserklärung die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig durch Handerheben genehmigt.

1. Berichte Familienausschuss

Der Obmann bringt gegenständliche Berichte vollinhaltlich zur Verlesung.

Beilagen TOP01

Debatte:

GVM Mag. Simmer sind drei Punkte aufgefallen, die eventuell auch mit Informationsmangel zusammenhängen. Das erste ist der Finanzierungsplan für die NMS, wo drinnen steht, dass es € 189.000 gibt, darunter konnte man sich nichts vorstellen, da die Summe für die 1. Bauetappe in Summe fast € 1,6 Mio beträgt und davon von der IKD und von der Bildung je 3 x 189.000,- (557.000) gefördert werden. Das Land hat bezüglich Krabbelstube keine Briefe ausgeschildet, dass man die Kinder nach Rainbach bzw. umgekehrt nach Münzkirchen schicken soll, sondern Münzkirchen hat einen Brief bekommen, dass Rainbach einen Raum frei hat und man das prüfen soll und Rainbach wurde die dritte Gruppe abgelehnt, daher sollen sie prüfen, ob man die Kinder nach Münzkirchen schicken kann. Rainbach hat zum Bürgermeister gesagt, dass sie keinen Raum frei haben, aber einen freien Raum an das Land OÖ. gemeldet. Das ist ein Kommunikationsproblem zwischen den beiden Gemeinden und nicht Schuld des Landes. Der dritte Punkt ist, dass am 24.04. eine Besprechung mit den Freiwilligen bezüglich Asylwerber geführt hat, wo man festgelegt hat, dass ein Spielplatz mit Abgrenzung beim Gasthaus Holzapfel errichtet werden soll, damit sie dort abgeschottet sind. Wir hatten am 18.04. eine Besichtigung mit anschließender Besprechung, wo festgelegt wurde, dass man keine Abgrenzung will, da der Spielplatz nur 100 m entfernt ist.

GVM Birgeder antwortet, dass das deshalb so im Bericht steht, da das dort Stand der Informationen war. Herr Hofer Kurt hat bei dieser Besprechung wieder die Errichtung eines Spielplatzes angeregt.

GR Walter Zauner: Das Wort Abschottung finde ich nicht in Ordnung.

GVM Birgeder: Die Wortwahl ist da unglücklich ausgefallen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das zwei verschiedene Dinge sind, das eine war die Besichtigung mit Diskussion und das andere ist das Ergebnis der Debatte bei der Familienausschusssitzung. Der Finanzierungsplan für die Sanierung der NMS ist heute gekommen und da sieht man die genaue Finanzierung. Bezüglich Krabbelstube hat Rainbach ein Schreiben erhalten, in dem die dritte Gruppe abgelehnt worden ist und Münzkirchen hat eine Stellungnahme erhalten, wo der Bedarf der zweiten Krabbelstube genehmigt wurde und festgestellt wurde, dass in Rainbach ein Raum dafür zur Verfügung steht. Der Amtsleiter von Rainbach hat versichert, dass der Raum frei ist, aber dass er vorher schon eine Meldung ans Land gemacht hat, dass der Raum frei ist, war mir nicht bekannt. Die Gemeinde wurde dann aufgefordert, die Kosten zu vergleichen. Wir haben die Kosten erhoben und auch erwähnt, dass das nur unnötige Kosten (Miete, Betriebskosten und Adaptierung) für ein Jahr wären, kein Rückzugs- bzw. Ruheraum vorhanden ist und es auch eine Ungleichbehandlung der Kinder wäre. Heute Nachmittag haben wir die Nach-

richt erhalten, dass unsere Begründung nachvollziehbar ist, die Unterlagen weitergeleitet wurden und die Planung beginnen kann.

GVM Mag. Simmer antwortet, dass es ihm um die Darstellung im Protokoll geht.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass man jetzt mit der Planung beginnen kann und man schaut, in welchem Zeitrahmen man es schaffen kann, weil es jetzt schnell gehen muss.

GVM Mag. Simmer fragt, ob man den Förderschlüssel schon kennt.

Der Vorsitzende erwidert, dass man das noch nicht weiß.

GR Doblinger ergänzt, dass er mit Frau Engertsberger gesprochen hat und es ab Juni wieder geförderte Kurse gibt.

GVM Birgeder sagt, dass es im Protokoll um den damaligen Zeitpunkt geht.

GVM Wöhs erklärt, dass bei beiden Besprechungen über den Aufenthaltsraum im Freien für die Asylwerber gesprochen worden ist und es soll als Bitte an den Unterkunftgeber gewertet werden.

GVM Mühlböck fragt, ob es bezüglich der Krabbelstube schon eine Kostenschätzung gibt.

Der Vorsitzende erklärt, dass man eine reine Volumenschätzung von der Fa. Stern geschickt hat, diese liegt bei € 280.000.

GR Walter Zauner bekräftigt, dass nun das Mißverständnis aufgeklärt. Es gibt vom Land keine anderen Pläne, man hat sich für beide Gemeinden auf ein Projekt geeinigt und man nun die Zustimmung hat (mich wundert es zwar, denn am Mittwoch Nachmittag hat, glaube ich, das Amt zu).

GVM Birgeder ergänzt, dass es eine lange Sitzung war und man die langen Kommentare möglichst kurz darstellen soll. Dadurch ist die Wortwahl vielleicht manchmal etwas unglücklich, das kann und mag sein und man muss sich an dem nicht wirklich aufhängen.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, die gegenständlichen Berichte des Familienausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig durch Handerheben genehmigt.

2. Bericht Bauausschuss

Der Obmann bringt den gegenständlichen Bericht vom 6.4.2016 vollinhaltlich zur Verlesung.

Beilage TOP02

Debatte:

Der Vorsitzende erläutert den Bericht, der gleichlautend mit dem Bericht des Umweltausschusses ist, da man die Besichtigung des Leuchtenparkes gemeinsam durchgeführt hat. Die Leuchten wurden im Leuchtenpark Ampflwang bei Tageslicht und in der Nacht angeschaut. Die Fa. Illumina hat das Konzept vorgestellt, die auch schon die Überprüfung der Straßenbeleuchtung durchgeführt hat und einen Kostenvoranschlag für die Adaptierung der Straßenbeleuchtung in allen Teilbereichen, auch Solarleuchten für Bereiche, bei denen es keine Verkabelung gibt, erstellen wird. Die beiden Ausschüsse haben sich nach der Besichtigung für ein paar Typen entschieden. Sobald die Kostenvorschläge vorliegen, wird sich der Gemeinderat mit der Finanzierung beschäftigen.

GVM Mag. Simmer berichtet, dass man mit LED aufpassen muss, damit man nicht auch in der Zeitung steht, weil das Licht zu stark ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich das genau angeschaut hat, auch mit Abstrahlung zurück zu den Häuserreihen. Der Vorsitzende erklärt weiters, dass die Aufträge an die Firma Illumina vergeben wurde und dass man bei den eigenen Elektrikern Baumgartner und Unterholzer nachgefragt hätte, diese haben aber abgelehnt, da sie sich nicht dazu im Stande sehen.

GVM Mühlböck bittet um Zusendung eines Prospektes, damit auch jene Mitglieder die nicht dabei waren, sich informieren können.

GVM Birgeder würde interessieren, wieviel Strom sich die Gemeinde mit dem neuen Beleuchtungssystem sparen würde.

Der Vorsitzende erklärt, dass es verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten gibt und ohne dass irgendetwas entschieden ist, gäbe es eine „Contracting“-Möglichkeit, bei der die Firma das finanziert, das würde sich bei uns auf ca. 10 Jahre ausgehen, dass sich diese Variante mit der Stromersparnis finanzieren würde. Geld sei immer knapp, und in Zukunft muss man sich überlegen, wie man das finanziert. Er habe auch erklärt, dass Gemeinden wesentlich günstigere Zinssätze bekommen, bei den Firmen müsse man immer mit 1 % mehr Zinsen rechnen, wie wenn eine Gemeinde ein Darlehen aufnimmt. Wenn man aber ein Projekt über 10 Jahre mit der Energieeinsparung bezahlen kann, sind das Kosten, die nicht mal richtig auffallen.

GVM Birgeder erkundigt sich ob beim Kreisverkehr etwas zu machen ist, da diese Stromkosten enorm sind.

Der Vorsitzende erklärt, dass beim Kreisverkehr die Gemeinde nicht zuständig ist, sondern das Land OÖ. Dortige Veränderungen muss das Land OÖ veranlassen.

AL Hauzinger erklärt, dass schon mal angefragt wurde, ob man ab 22 Uhr jede 2. Lampe ausschalten könnte bezüglich Energieersparnis. Dies dürfe man aber nicht, da ansonsten im Falle eines Unfalles die Gemeinde haftbar ist.

GR Hell glaubt nicht, dass sich dieses Projekt in 10 Jahren amortisiert, da dies theoretisch gar nicht machbar sei. Bei ihnen in der Tankstelle würde es sich nach 12 Jahren amortisieren bei 14,5 Std. tägliche Brenndauer.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies eine grobe Schätzung war. Wenn es soweit ist, lasse man sich das genauestens aufrechnen und vorlegen.

GVM Wöhs erklärt, dass von einer Energieersparnis von 75 – 80%, der Ansatz wäre der aktuelle Stromverbrauch. Er finde auch dass die Besichtigung ganz interessant und wichtig war.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, den gegenständlichen Bericht des Bauausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: Der Bericht des Bauausschusses wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

3. Bericht Umweltausschuss

Der Obmann bringt den gegenständlichen Bericht vom 6.4.2016 vollinhaltlich zur Verlesung.

Beilage TOP03

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, den gegenständlichen Bericht des Umweltausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: Der Bericht des Umweltausschusses wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Vergabe Wohnung – Betreubares Wohnen

Da nur ein Bewerber vorhanden ist, soll die Wohnung an Herrn Günther Grill, Im Himmelreich 4/7, vergeben werden.

Beilage TOP04

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, die Wohnung an Günther Grill zu vergeben.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

5. Finanzierungsplan - Schulausstattung

Der beiliegende Finanzierungsplan soll beschlossen werden.

Beilage TOP05

Debatte:

Der Vorsitzende erklärt, dass bereits im November 2015 ein Antrag eingereicht wurde für die Förderung von Ausstattungen in den Schulen, dabei ging es unter anderem auch um das WLAN, iPads und verschiedene andere Dinge. Der Anteilsbetrag für die Markt-gemeinde Münzkirchen beträgt € 6.570 und jeweils € 3.330 aus den Abteilung Bildung und der Gemeindeabteilung, ergibt ein Volumen von € 13.230.

GVM Mag. Simmer meint, dass es bezüglich des Finanzierungsplanes keine Fragen gibt, jedoch wäre es in der Vorbereitung interessant, wofür angesucht wurde. Er konnte sich noch erinnern, dass in der Vorstandssitzung über iPads gesprochen wurde.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, den Finanzierungsplan für die Schulausstat-tung zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

6. Vereinbarung über Ferienbetreuung mit OÖ. Hilfswerk

Mit dem OÖ. Hilfswerk muss eine Vereinbarung für die Ferienbetreuung 2016 abge-schlossen werden.

Beilage TOP06

Debatte:

Der Vorsitzende erklärt, dass es dabei um die Zusammenarbeit der Marktgemeinde Münzkirchen mit den Gemeinden Esternberg, St. Roman und Vichtenstein. Dabei wurde eine Bedarfserhebung über die Ferienbetreuung erstellt, dabei stellte sich heraus, dass der Bedarf für August für drei Wochen gegeben ist. Allerdings sind nach wie vor zuweni-ge Kinder um eine offizielle Sommerferienbetreuung des Landes OÖ machen zu können. Somit wurde ein Angebot vom Hilfswerk eingeholt, die Kosten betragen ca. € 4.000. Da-bei sind die Elternbeiträge noch nicht berücksichtigt. Man habe sich aber bereits geei-nigt, beim ursprünglichen Betrag von € 25 zu bleiben, damit diesbezüglich keine Diskus-sionen mehr entstehen. Man habe sich auch darauf geeinigt, die Kosten auf die Gemein-den aufzuteilen, nach der Anzahl der Kinder pro Woche.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, die Vereinbarung über die Ferienbetreuung mit dem OÖ. Hilfswerk zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

7. Vereinbarung über Kostenteilung zwischen den Gemeinden über Ferienbe-treuung

Mit den Gemeinden Esternberg und St. Roman muss eine Vereinbarung bezüglich Kos-tenteilung für die Ferienbetreuung abgeschlossen werden.

Beilage TOP07

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, die Vereinbarung über Kostenteilung zwischen den Gemeinden über die Ferienbetreuung zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

8. Änderung Flächenwidmungsplan Nr. 4.57 und ÖEK Nr. 1.18– Ing.Karl Stern BaugesmbH

Die Ing. Karl Stern BaugesmbH, Schäringer Straße 45, beantragt die Umwidmung der Grundstücke 501, 502, 503 504, 506, 507, 508, 509, 510 und 512 der KG Münzkirchen im Ausmaß von insgesamt 6.730 m² von Grünland in „gemischtes Baugebiet“.

Die Grundstücke 506, 507, 508, 509, 510 und 512 sind im Besitz von Ing. Karl Stern und seit dem Jahre 1977 als Wohngebiet gewidmet. Da diese Flächen zum Teil schon jetzt gewerblich genutzt werden (Firmenparkplatz), soll für die gesamte Fläche eine gewerbliche Nutzung ermöglicht werden.

Diese Fläche ist auf Grund ihrer Lage für diese Widmung geeignet, die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Umwidmung sind gegeben, Interessen Dritter werden offensichtlich nicht verletzt. Weiters werden keine Entschädigungsansprüche gemäß § 38 Oö.ROG 1994 gegenüber der Gemeinde ausgelöst.

Für diese Umwidmung ist auch eine Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes erforderlich.

Der Vorsitzende bringt das Formblatt und die Stellungnahme des Ortsplaners zur Verlesung und erläutert den vorliegenden Änderungsplan sowie das Örtliche Entwicklungskonzept.

Beilagen TOP08a

Debatte:

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich bei den Grundstücken 501 und 502 (inzwischen ein Grundstück) um Stadlmayr Christian handelt, 503 und 504 gehören Bamberger Margit, die Grundstücke 1519/2 und .96 KG Eisenbirn gehören Stadler Anna.

Dipl.-Ing. Altmann begründet die Umwidmung ausführlich und die Betroffenen haben daraus keinen Nachteil. Sie haben natürlich die Möglichkeit zu einer schriftlichen Stellungnahme, falls doch etwas auftauchen sollte.

GR Bauer erkundigt sich, ob mit den betroffenen Besitzern gesprochen wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass mit Stadlmayr Christian darüber bereits im Zuge seiner Grundstückszusammenlegung gesprochen wurde. Dies sei der 1. Beschluss, vor dem 2. Beschluss haben sie auf jeden Fall die Möglichkeit schriftlich eine Stellungnahme einzubringen.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt die Genehmigung der vorstehenden Umwidmung sowie die Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes.

Beschluss: Ja: 23 Stimmen
Nein: 0 Stimmen
Enthaltungen: 2 Enthaltungen (Doblinger, Bauer)

9. Kommunalfahrzeug

Da beim Steyr Traktor eine größere Reparatur notwendig wäre (ca. € 11.000) und weitere Reparaturen nicht ausgeschlossen sind, da der Traktor schon 14.000 Betriebsstunden hat, soll ein neues Fahrzeug angekauft werden.

Es gibt zwei Angebote für gebrauchte Traktoren von der Fa. Zechmeister € 93.333,33 und der Fa. Land & Technik € 99.228,00 sowie eines für einen Lastwagen € 123.712,40, dazu käme noch ein Hoflader um € 55.200 und der Aufbau für den Streuer.

Beilagen TOP09

Debatte:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Zahlen von der Vorbereitung nicht mehr ganz stimmen, da es sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat, dass man eine kleine Zusatzausrüstung benötigt, dies Information sei vom Sicherheitsbeauftragten gekommen.. Man habe von den Firmen Zechmeister und Land & Technik Zusatzinformationen und eine Aufstellung darüber eingeholt. Man habe sich außerdem einen Lastwagen von Fa. Paul anbieten lassen. Der Vorsitzende habe über einen längeren Zeitraum Gespräche mit den Mitarbeitern des Bauhofes geführt über Für und Wider von LKW und Traktor, beziehungsweise auch über die Finanzierungsmöglichkeiten der jeweiligen Kommunalfahrzeuge. Ursprünglich hatte man ein Angebot der Fa. Zechmeister, da dort der Traktor auch zur Reparatur stand. Man habe sich verschiedene Sachen angesehen, es stand auch ein gebrauchtes Fahrzeug der Straßenmeisterei zur Diskussion, wofür auch ein Antrag eingebracht wurde.

Ein Traktor wurde jeweils von der Fa. Zechmeister sowie von der Fa. Land & Technik zum Testen zur Verfügung gestellt. Verschiedene Vorteile würden für den Traktor sprechen, wie zB die Wendigkeit, sowie die zahlreichen Einsatzmöglichkeiten im Winterdienst. Was den Bauhofmitarbeiten nicht so gefällt wäre, wie das mit dem Frontlader funktioniert, sie tendieren wieder mehr zu einem Lastwagen inklusive Radlader. Er müsse dies jedoch auch wirtschaftlich sehen für die Gemeinde. Alle Kosten aus den entstandenen Diskussionen wurden aufgelistet. (Der Vorsitzende verliert die Angebote.)

Der Vorsitzende erklärt, dass von diesen Angeboten Zechmeister der günstigste wäre, wenn man die Kosten für die Marktgemeinde, abzüglich den fiktiven Kosten, betrachtet. GVM Birgeder erkundigt sich, wie die Kosten von € 5.000,-- entstanden sind.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies die letzten Reparatur- und Servicekosten des Traktors bei der Fa. Zechmeister sind, die zu bezahlen sind, wenn sich die Gemeinde für ein anderes Fahrzeug entscheidet.

GVM Birgeder findet die Summe relativ hoch für einen Service.

AL Hauzinger erklärt, dass der Service für den Steyr-Traktor immer zwischen € 2.000 und € 3.000 gekostet hat.

GVM Wöhs erwähnt, dass er mit dem Zeitdruck nicht besonders glücklich sei. Er habe in den letzten Tagen mit den Bauhofmitarbeitern gesprochen, diese würden mehr für den Lastwagen mit Radlader tendieren. Der Grund dafür wäre, dass die Traktoren mittlerweile so groß sind, dass der Frontladerschaufel nicht mehr überschaubar sei. Der zweite Punkt wäre, dass aus ihrer Sicht der Radlader einfacher zu handhaben wäre.

Anfang April sprach die Gemeinde beim Land OÖ vor, wo die Kosten von € 90.000 fixiert wurden, von denen werde man nicht mehr großartig wegkommen. Beim Land wissen sie Bescheid, wir bekommen ein Nachfolgemodell für unseren kaputten Traktor, aber er denke nicht, dass sie die Förderung um € 60.000 aufbessern, weil wir etwas anderes brauchen. Es sei bis jetzt mit dem Traktor gegangen und das wird es auch in Zukunft, es wäre ein Wunsch aber es muss nicht zwingend ein Lastwagen sein.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies keine kurzfristige Entscheidung sei und dass die Diskussionen zwischen Bauhof, Gemeindeamt und Bürgermeister bestehen schon länger. Man habe sich verschiedene Geräte angesehen, LKW mit Kran, Radlader, usw. Man diskutiere schon länger und man sollte langsam zu einem Abschluss kommen, wäre seine Meinung. Man müsse auch die Stunden für den Traktor bezahlen, den man momentan

verwende. Auch deshalb hätte er gerne heute eine Entscheidung über dieses Thema. Ganz nachvollziehen könne er die Argumente von den Bauhofmitarbeitern nicht, denn anfangs war ein Kran sehr wichtig. Dieser LKW hat gar keinen Kranaufbau, nachdem dafür gleich € 30.000 - € 40.000 dazukommen. Eventuell bekomme man den Lastwagen von der Straßenmeisterei zusätzlich, wenn er entsprechend günstig sei, es komme immer auf den Preis an. Jedoch sei dies dann ein gebrauchtes Fahrzeug, bei dem man nicht weiß, ob in 3-5 Jahren das Nächste fällig ist.

GVM Birgeder meint, dass eine Entscheidung heute schwierig werde, denn er wisse nicht, was davon besser wäre. Er sei der Meinung, dass man eventuell auf das Fahrzeug von der Straßenmeisterei warten könnte. Es habe ja geheißen, im August oder September wisse man dann Bescheid, was dieses Fahrzeug kostet. Dieser LKW wäre mit Sicherheit um einiges günstiger.

Der Vorsitzende erwähnt, dass dann die Frage sei, ob die Gemeinde den überhaupt bekommt, bzw. ob es dann wieder günstige Vorführgeräte gibt. Er gibt zu bedenken, dass neue Traktoren in dieser Leistungsstärke laut Angebot € 155.000 netto kosten.

GVM Mag. Simmer erwähnt, dass die Fraktion in der Vorbereitung mit den Bauhofmitarbeitern gesprochen habe. Dort wurde definitiv der Wunsch geäußert, dass der LKW geschickter wäre. Nachdem sie damit arbeiten müssen, können sie es wahrscheinlich am Besten einschätzen. Für ihn persönlich käme dies etwas überraschend, nachdem dies auch erst am Nachmittag gekommen wäre, glaube er nicht. Er wäre förderlich gewesen, wenn dies im Vorhinein ausgeschickt worden wäre. Ihm käme es auch so vor, als würde man Äpfel mit Birnen vergleichen. Es gäbe bestimmt noch die Möglichkeit andere Angebote einzuholen. Die Option mit dem Lastwagen von der Straßenmeisterei käme ihm gut vor. Auf Grund der vorliegenden Unterlagen beantrage er eine Vertagung dieses TOP auf die nächste oder übernächste Sitzung, bis alle Informationen vorhanden seien. Er schlage vor, in der Zwischenzeit die Mietvariante aufrecht erhalten.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies trotzdem ein gebrauchtes Fahrzeug sei und nicht fix sei, dass die Gemeinde den Zuschlag erhält.

GVM Wöhs möchte noch anfügen, dass man das Geschäft mit den ortsansässigen Händlern aus der Hand gebe, wenn man den Lastwagen einkaufen würde. Auch dies sei ein wichtiger Aspekt, den er bei der Entscheidung nicht missen möchte.

GVM Mag. Simmer stimmt ihm zu und ergänzt, dass man eine Bedarfsanalyse machen sollte, das sei bis jetzt noch nicht gemacht worden. Man habe keine Entscheidungsgrundlage, außer der Aussage der Bauhofmitarbeiter, dass ihnen ein Lastwagen lieber wäre. Er könne nicht definieren, was besser wäre. Die Anschaffungskosten habe er vor 15 Minuten erhalten. Da werde bei einem Betrag von € 500 beim Jugendticket eine Stunde herumdiskutiert und deshalb sei bei diesen Zahlen ein Beschluss auf 10 Minuten nicht möglich.

Auch für GVM Wöhs sei dies überraschend, jedoch habe er von Lautner Günter erfahren, dass die Produktion der LKWs dieser Serie in absehbarer Zeit umgestellt werden.

GVM Mag. Simmer meint, dass diese Serie das nächste Thema wäre. Das sei ein 16-Tonner, da gibt es keinen Kran-Aufsatz, da bräuchte man einen 18-Tonner. Wir hätten bestimmt Leute, die öfter einen LKW kaufen, wo man nachfragen könnte, die bestimmt mitgeholfen hätten bei der Planung.

Der Vorsitzende meint, dass Lautner Günter über diese Sachen sehr wohl auch Bescheid wisse.

GVM Mag. Simmer wisse nicht, wo oft er einen Lastwagen kauft. Dasselbe hatte man schon mal bei einer Feuerwehr, wo man dann auch andere Preise hatte, als wie wenn die Gemeinde selber anfragt. Dies sei nur ein Vorschlag. Er würde den Punkt vertagen, schauen was man wirklich braucht und dann Äpfel mit Äpfel vergleichen, denn dieser Vergleich von Traktor und Lastwagen hinkt.

Der Vorsitzende meint, dass sich die Zahlen um nicht mal € 3.000 geändert haben und dies nur dadurch, dass der Sicherheitsbeauftragte vorschreibt, dass verschiedene Schalter nicht in die Kabine dürfen.

VizeBgm Kinzelberger meint, dass es nicht so schwerwiegend sei, wenn hier eine neue Excel-Tabelle erstellt wurde.

GVM Mag. Simmer meint, dass man weder wisse wofür man einen Traktor oder einen Lastwagen brauchen. Warum ist das eine besser als das andere. Dann sollte alt gegen neu gegenübergestellt für diese Entscheidung. Oft verbringe man Stunden mit Diskussionen wegen € 500.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Bauhofmitarbeiter verschiedene gebrauchte Lastwagen besichtigt haben, mit Kranaufsatz usw., die waren teurer. Jedoch wenn man keine Garantie für einen Kran bekommt und dieser würde € 30.000 kosten, dann könne man das nicht machen.

VizeBgm Kinzelberger finde, dass der Traktor mit 480 Betriebsstunden fast wie neu sei. GVM Mühlböck erklärt, dass er beim Büro Steinkellner angerufen und mit dem zuständigen Mitarbeiter gesprochen habe. Er denke, dass man gute Chancen habe, den Lastwagen der Straßenmeisterei zu bekommen. Er wollte es nicht Vorkaufsrecht nennen, aber es wurde ihm gesagt, dass man gute Aussicht habe, wenn die Straßenmeisterei im Ort sei. Auch habe er mit den Bauhofmitarbeitern gesprochen und die Begründung für einen LKW und gegen einen Traktor sei für ihn sehr gut nachvollziehbar, da ein Frontlader einfach unhandlich ist. Da sei ein Lader sicher sinnvoller. Beziehungsweise sei die Frage ob ein Lader noch benötigt wird, wenn man einen Kran hat. Auch sei man mit den Geräten von der Straßenmeisterei gut gefahren, da diese normalerweise gut gewartet werden.

Für GR Zauner fehle ein Vergleichsangebot für den Lastwagen und eine Betriebskostenschätzung was ein Traktor und was ein Lastwagen auf 15 Jahre kostet.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, den TOP 9 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

10. Förderprogramm für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf oberösterreichischen Kindergärten

Über Vorschlag des Umweltausschusses soll am Förderprogramm für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf oberösterreichischen Kindergärten teilgenommen werden. Dieses Förderprogramm unterstützt die Oö. Energiestrategie 2030, welches unter anderem den Ausbau der ökologisch verträglichen Stromerzeugung als wesentlichen Ansatz beinhaltet. Darüber hinaus soll der spielerische Umgang von Kindern im Vorschulalter zum Thema Energie gefördert werden. Daher soll eine 3 kWp-Anlage beim Kindergarten Münzkirchen errichtet werden. Die Kosten für diese Anlage betragen ca. € 8.000,00, davon gibt es Förderung in Höhe von € 2.000,00 je kWp.

Beilage TOP10

Debatte:

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich dabei um einen Grundsatzbeschluss handelt, genaue Kostenvoranschläge gibt es noch nicht, jedoch liegen die Kosten erfahrungsgemäß bei € 8.000 bis € 9.000 bei einer 5-kWp-Anlage. Und wenn man dann noch € 2.000 Förderung pro kWp erhält, finde er dies eine sinnvolle Anschaffung. Was dazu gefordert wird, ist eine Kindergärtnerin, die diese Ausbildung dazu macht.

GVM Wöhs sagt, dass er bei der Schulsanierung bereits eine Photovoltaikanlage vorgeschlagen hätte. Dieses Förderprojekt sei mittlerweile ausgelaufen. Bei den Nachforschungen habe er erfahren, dass es so ein Förderprojekt aktuell nun für Kindergärten gibt. Dazu gibt es ein Rechenbeispiel mit einer 3 kWp-Anlage. Dies bedeutet aber nicht, dass man dazu verpflichtet ist sich eine 3 kWp-Anlagen anzuschaffen. Man darf eine größere Anlage einbauen, aber die Kosten die höher sind, muss die Gemeinde selber fi-

nanzieren. Die Ausrichtung des Daches vom Kindergarten sei vielleicht nicht ganz ideal, jedoch passt diese ungefähr. Es soll sich diese Investition innerhalb ein paar Jahren rechnen. Bei einer Investition von € 8.000 bekommt man € 6.000 Förderung.

GVM Mag. Simmer schlägt vor, dieses Projekt vielleicht etwas größer zu machen, mit dem geplanten Projekt der Krabbelgruppe zu kombinieren.

GVM Wöhs erklärt, dass dieses Förderprojekt bis nächstes Jahr läuft.

GR Zauner erklärt, dass es so ein Projekt bezüglich der Förderung von Photovoltaikanlagen auch bei der Schulsanierung gab. Gerade bei der Volksschule wird man sich bemühen, wenn es in Zukunft auch wieder so ein Projekt gibt. Dann zählt dieses Argument nicht mehr, wenn am Nachmittag die Sonne am Meisten produziert, in der Schule niemand mehr da ist. Nachmittagsschule ist auch ein Thema, also dies ist schon lange ein widerlegtes Argument. Bei Kindergarten würden sich die Kosten automatisch amortisieren und dies innerhalb kürzester Zeit. Er selbst habe zwar keine Photovoltaikanlage, jedoch habe er erfahren, dass die Adaptierungskosten gar nicht so gering seien, die Anlage selber sei nicht das Problem. Die Elektrokosten können schon ein paar tausend Euro ausmachen. Trotzdem wird es sich auch mit diesen Kosten innerhalb der nächsten 10 Jahre rechnen, und ist je nach Laufzeit ein Gewinn für die Gemeinde. Auch denke er, sei dies ein positives Zeichen als Klimabündnisgemeinde.

GR Hell erklärt, dass eine Photovoltaikanlage zwischen 12 und 14 Uhr beinahe 100% Leistung erbringt, davor oder danach fällt sie auf Halbleistung. Er finde, dass dies sehr überschätzt wird, denn man habe nicht so viele Sonnentage im Jahr.

Der Vorsitzende meint, dass es hierbei auch um eine Vorbildwirkung bezüglich Klimaschutzgemeinde geht.

Das finde auch GVM Mag. Simmer, wobei er so ein Projekt bei Volks- oder Hauptschule sinnvoller wäre. Jedoch bei € 2.000 Kosten für die Gemeinde brauche man nicht viel überlegen.

Auch GR Zauner finde, dass man bei dieser Förderung auf jeden Fall mitmachen sollte.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, an dem Projekt für die Errichtung von Photovoltaikanlagen an Kindergärten teilzunehmen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

11. Bericht Gemeindevorstand

Der Vorsitzende berichtet über die Punkte der letzten Vorstandssitzung.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt den Bericht über die letzte Vorstandssitzung zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

12. Finanzierungsplan Neue Mittelschule

Der beiliegende Finanzierungsplan für die 1. Etappe der Sanierung der Neuen Mittelschule soll beschlossen werden.

Beilagen TOP12

Debatte:

Der Vorsitzende erklärt den Finanzierungsplan und ergänzt, dass nicht der gesamte Vorschlag für die 1. Bauetappe genehmigt wurde. Es wurde zB die Aula herausgenommen.

GVM Mag. Simmer meint, dass bei jedem Projekt prinzipiell etwas gestrichen wird.

GR Zauner fragt, ob die Aula komplett gestrichen wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass sie in die 3. Bauetappe verlegt wurde. Außerdem möchte der Vorsitzende die nicht vorgeschriebenen Bauverhandlungen über alle 3 Bauetappen,

damit man im Vorhinein bereits abgesichert ist für unvorhergesehene Ereignisse. Er sei froh, dass man die Finanzierung in dieser Form bekommen habe und findet es positiv dass man beginnen kann. Mit den Ausschreibungen habe man noch nicht begonnen. Es wurde letzte Woche eine Besichtigung gemacht mit der Neuen Heimat, wo alles besprochen wurde. Im Moment gehe es darum, welche Firmen angeschrieben werden sollen. GR Zauner ist froh, dass man jetzt diesen Finanzierungsschlüssel habe, denn aufgrund dessen habe man damals auch versucht mit LR Hummer dass man auf den Schlüssel hinkommt wie bei der Volksschule. Es sei nicht der beste Schlüssel aber viel besser als der ursprüngliche Finanzierungsschlüssel.
GVM Mag. Simmer wird auch versuchen für die anderen Bauetappen einen ähnlichen bzw. besseren Schlüssel zu verhandeln und sich dafür einzusetzen.

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, den Finanzierungsplan wie vorgelegt zu beschließen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

13. Löschungserklärung

Die beiliegende Löschungserklärung (Helmut und Maria Täuber) soll beschlossen werden.

Beilagen TOP13

Antrag: Der Vorsitzende beantragt, der Löschungserklärung zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen.

Allfälliges

- **Freiwillige Feuerwehr Schießdorf**
 - Vergabe Baumeisterarbeiten und Zimmerer/Dachdecker/Spengler ist erfolgt
 - Baumeisterarbeiten an Stern
 - Einspruch von Baumeister Leithner gegen Zuschlagsentscheidung
 - Abklärung mit Gemeindebund über weitere Vorgehensweise
 - wahrscheinlich Weiterleitung an LVwGH
 - Dachdecker/Spengler an Stingl/Goldberger
- **Vorsprachetermin LR Steinkellner**
 - 28. Juni 2016 um 12.30 Uhr
 - Bekanntgabe Programm f. Straßenbau
 - Kostenschätzungen werden durchgeführt
- **Sanierung Hauptstraße**
 - Einfahrt Lagerhaus bis Gemeinde
 - Sanierung erfolgt durch Straßenmeisterei
 - Personalbeistellung – Antrag an LR Steinkellner wurde gestellt
 - ca. Ende August 2016 bzw. Anfang September
 - Totalsperre von Mo 07.00 Uhr bis Fr 07.00 Uhr
- **Europa fängt in der Gemeinde an**

- **Kulturausschusssitzung am Mo 13.06.2016**

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung:

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegte Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom **10.03.2016** wurden **keine Einwendungen** erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um **22:00 Uhr**.



(Vorsitzender)

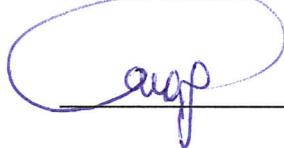


(Schriftführer)

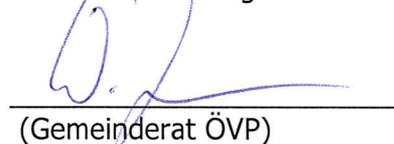
Der Vorsitzende beurkundet, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift am 25.05.2016 keine Einwendungen erhoben wurden.

Münzkirchen am 25.05.2016

Der Vorsitzende:



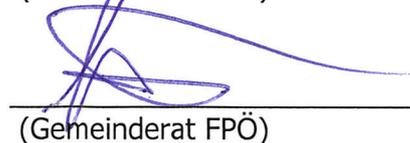
Das ordnungsgemäße Zustandekommen der vorstehenden Verhandlungsschrift des Gemeinderates wird bestätigt. Gleichzeitig wird der Erhalt einer Ausfertigung der genehmigten und unterfertigten Verhandlungsschrift bestätigt.



(Gemeinderat ÖVP)



(Gemeinderat SPÖ)



(Gemeinderat FPÖ)